Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wochentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Vierunddreißigster Jahrgang.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 443. Halle a. d. Saale, Freitag, den 21. September **1900.**

Fortschritte der arbeitenden Klassen.

So sehr man sich hüten soll, die Lohn- und Lebensverhältnisse des deutschen Arbeiters zu beschönigen, so wenig ist doch zu verkennen, daß dieselben sich gebessert haben und in weiterer Besserung begriffen sind. Vor keinem Elend, vor keinem Abgrund braucht man das Auge zu verschließen, das Trübste kann man schleierlos betrachten, — schweift der Blick über die Vergangenheit und vergleicht den damaligen Zustand mit dem heutigen, so ergiebt sich ein gewaltiger Fortschritt. Auch heute sind wir von dem erwünschten Ziele weit entfernt; aber wir nähern uns ihm. **Nicht abwärts, sondern aufwärts führt der Weg,** das ist das Tröstliche an der Entwicklung.

Zu düsterster Beleuchtung zeigte **Friedrich Engels** die Lage der arbeitenden Klassen Englands um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Er stellte es so dar, als lagere an den Polen der Gesellschaft Uebpigkeit und Hunger gleich den entgegengesetzten Elektricitäten, als werde die Gefahr immer dringender, daß sie sich in einem furchtbaren, alles vernichtenden Blitzstrahl entladen. Eine **Revolution** erschien ihm ganz unvermeidlich: „Es ist schon zu spät, um eine friedliche Lösung herbeizuführen." Und wie haben sich seitdem die Dinge thatsächlich gestaltet? H. v. Nostitz zeigt es uns in einer kürzlich erschienenen Studie zur sozialen Geschichte der Gegenwart: Der Lohn ist seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts um 50 bis 100 Proz. gestiegen, statt der Kartoffel bilden Fleisch und Weizenbrot das Hauptnahrungsmittel der Arbeiter, die Arbeitszeit hat sich verringert, Sterblichkeit und Armenlast sind zurückgegangen, und politisch ist die Gleichberechtigung errungen. Diese Thatsachen sind so zwingend, daß selbst Engels seinen Irrthum einsah und in der zweiten Auflage seines schon gedachten Buches ein Aufsteigen der Arbeiterklasse zugab, eine Regeneration nach der Degeneration.

Auch in Deutschland ist eine ähnliche Gestaltungstendenz erkennbar. Sowohl in Bezug auf Arbeitszeit wie auf Arbeitslohn und Lebenshaltung weisen die jetzt endlich veröffentlichten **Berichte der preußischen Gewerberäthe** für 1899 und die weit früher erschienenen bayrischen Berichte erhebliche Fortschritte auf. Die Humanität der Gegenwart und, was sicherer wirkt, **das eigene Interesse der Arbeitgeber hat zu Reformen geführt,** welche bereits einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten umfassen, ohne daß an ihren Abschluß schon zu denken wäre.

In **preußischen Fabriken darf man bereits die zehnstündige Arbeitsdauer** als Regel bezeichnen, eine längere als Ausnahme. Bestrebungen zu weiterer Verringerung sind vielfach beobachtet worden, so in Berlin, wo man theilweise zu der englischen Arbeitszeit mit verkürzter Mittagspause übergeht, aber auch in der Provinz, wie z. B. im Bezirk Posen, für welchen eine durchschnittliche Arbeitszeit von zehn bis elf Stunden konstatirt wird. Längere, zum Theil unglaublich lange Arbeitszeiten kommen in Schneidemüllereien, Ziegeleien, auch in mittleren und kleineren Brauereien vor; doch auch hier macht sich ein allmäliges Herabgehen bemerkbar. Diese glückliche Entwicklung hat sich ohne Staatseingriff vollzogen, nur daß der Eisenbahnbetrieb für Frauen gelegentlich auf die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter zurückwirkte. Aus **Württemberg** wird soeben gleichfalls gemeldet, daß ein Maximum von elf Arbeitsstunden als thatsächlich durchgeführt gelten darf und viele Fabriken dahinter zurückbleiben. Für **Bayern** beträgt der Prozentsatz der Betriebe, die zehn bis elf Stunden arbeiten lassen, ca. 47, derer, die 9—10 Stunden arbeiten lassen, ca. 15, und in 1 Prozent der Betriebe wird unter neun Stunden gearbeitet.

Die **Löhne** haben sich langsam gehoben bei reichlicher Arbeitsgelegenheit. Allerdings wurde der Mehrbetrag im letzten Berichtsjahr durch das Steigen der Lebensmittelpreise, der Brennmaterialienpreise und der Wohnungsmiethen aufgewogen. Ueberblickt man aber einen weiteren Zeitraum, so ist gar kein Zweifel, daß der Arbeiter sich heute besser nährt und kleidet, daß er behaglicher wohnt als früher. Auch die Arbeitsräume sind gesünder geworden; neue Fabrikäle werden groß und lustig aufgeführt, Exhaustoren saugen die Staubmassen im Augenblick ihrer Entstehung ab und befördern sie ins Freie, Sprengapparate durchfeuchten die trocken gewordene Luft, und Schutzvorrichtungen machen den ganzen Betrieb gefahrloser.

Die eingetretenen Verbesserungen leugnet nicht einmal die **Sozialdemokratie.** Das beste Zeugniß dafür war die **Preisgebung des ehernen Lohngesetzes,** demzufolge der Hebung des Lohnes eine Vermehrung der Geburtenziffer und dieser wieder das Sinken des Lohnes folgen, der Lohn sich also immer um das Existenzminimum herum bewegen würde. Indem man auf diese Agitationsformel verzichtete, gab man die Möglichkeit eines **Aufsteigens der unteren Schichten innerhalb der geltenden Gesellschaftsordnung** zu und konnte sich der Verpflichtung nicht länger entziehen, das als möglich Erkannte zu verwirklichen, die Emporhebung nach Kräften durchzuringen. Hiermit war die Brücke von den kommunistischen Wahnvorstellungen zur praktischen Mitarbeit, von der Romantik zum Realismus geschlagen und die Sozialdemokratie innerlich zu einer Reformpartei geworden, wenn sie auch auf ihrer Zinne an hohen Festen noch die rothe Fahne flattern läßt.

Eine Annäherung an die bestehenden Verhältnisse, den Entschluß, zu ihrer Besserung beizutragen, bedeutet auch die **Bebel'sche Resolution auf dem Mainzer Parteitage** zu Gunsten der Betheiligung an den Landtagswahlen. Herr Bebel hat freilich sein Zugeständniß an die Voraussetzung geknüpft, daß die lokalen Verhältnisse eine Betheiligung ermöglichen, und daß die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises darüber zu entscheiden haben, inwieweit diese Voraussetzung zutrifft. Indeß die Partei wählt im Jahre 1903 sicherlich in größerem Umfange als 1898, und 1908 noch intensiver als 1903. Dahin drängt die Entwicklung unaufhaltsam, alle Widerstände beseitigend.

Auch sonst bot der Parteitag nicht das Bild einer Gruppe von himmelstürmenden Giganten, sondern von mehr oder minder gebildeten praktischen Leuten, nicht von Schwärmern, sondern von Rechnern. Es erhitzte die Gemüther, daß Genosse Fischer 5000 M. bezieht, daß die Wahlkreise zu viel Geld für sich behalten und zu wenig an die Centralkasse abführen; es erfreute sie, daß das Arbeitswilligengesetz so kräftig abgeschmettert worden ist; ihre Reden athmeten Kampfeslust bei dem Gedanken, wie sie dem Majestätsbeleidigungsparagraphen zu Leibe gehen würden, — alles absolut unkommunistisch. Sie nahmen sich vor, die Handelsverträge zu bekämpfen und die Lebensmittelzölle zu bekämpfen, — lauter Gegenwartspolitik.

So hat die Macht der Thatsachen das Spinngewebe der Theorien zerrissen und mit der Gewalt eines Naturgesetzes auch jene parteipolitischen Konsequenzen gezogen. Eine Epoche **wirthschaftlicher Kämpfe,** aber auch **wirthschaftlicher Fortschritte** ist heraufgezogen, und man wird neben der Sozialdemokratie an der **Fortführung der Sozialreform** arbeiten, mit ihrer Hilfe, aber ohne ihre Einseitigkeit. —o.

Deutsches Reich.

Die Grundlagen der neuen deutschen Handelsverträge.

Die lebhafte Diskussion, welche sich an die Vorarbeiten für die Aufstellung des neuen deutschen Zolltarifs und die Erneuerung der Handelsverträge in der Oeffentlichkeit angeschlossen hat, ist bisher im ganzen vorwiegend auf die allgemeine und prinzipielle Richtung unserer Handelspolitik einerseits, auf die zollpolitischen Bestrebungen bestimmter Einzelbranchen andererseits beschränkt geblieben. Es kommt jedoch für die bevorstehende Handelsvertragscampagne eine Reihe anderer Fragen in Betracht, welche bedauerlicherweise bisher in den Hintergrund getreten sind. Hierher gehört in erster Linie die Betrachtung der **wirthschaftlichen Lage,** in welcher sich **Deutschland den einzelnen Auslandsstaaten gegenüber** befindet. Die Frage beispielsweise, welche Stellungnahme wir handelspolitisch einem bestimmten Lande gegenüber einnehmen, wie weit und in welcher Hinsicht es zweckmäßig ist, ihm entgegenzukommen oder ein Entgegenkommen abzuwarten, ferner die noch wichtigere, allgemeine Frage, mit welchen Staaten wir unter allen Umständen sein günstiges Vertragsverhältniß anstreben müssen und welche Länder für uns handelspolitisch nebensächlich sind, kann nur Beantwortung finden, wenn wir über die wirthschaftliche Bedeutung der einzelnen Länder für uns, über Intensität, Art und Inhalt unseres Waarenaustauschs mit ihnen ꝛc. genau orientirt sind.

Einen Anhalt giebt uns hierfür die Handels-Statistik. Aber abgesehen davon, daß nicht jeder in der Lage und geneigt ist, die statistischen Quellenwerke selbst sich zu beschaffen und zu studiren, reichen diese Ziffernangaben keineswegs aus, uns von der allgemeinen wirthschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder, von den Aussichten und Chancen, die sie dem deutschen Exportgeschäft bieten, von der Konkurrenz, die sie unserem Gewerbefleiß auf dem Weltmarkt machen oder in der Zukunft zu machen drohen, ein zutreffendes und erschöpfendes Bild zu geben. Den dazu gehörigen Ueberblick über den internationalen Handel und die seit Abschluß der letzten Handelsverträge darin eingetretenen Wandlungen und Verschiebungen kann nur ein Fachmann haben, der seit Jahren berufsmäßig die Handelspolitik zum Gegenstand seiner Thätigkeit gemacht hat. Ein solcher ist auch allein imstande, die wichtigen und komplizirten Probleme der **Tarifsystematik** mit Gewinn zu erörtern, welche für die kommende handelspolitische Campagne allem Anschein nach eine unerwartet große Rolle spielen werden. Die neuerliche Entwicklung des Welthandels und der internationalen Arbeitstheilung läßt die überkommene Form der Handelsverträge heute als nicht mehr angebracht erscheinen. Namentlich die **schematische Anwendung der Meistbegünstigung** dürfte einer zunehmenden Differenzirung der einzelnen Länder Platz machen müssen. An einflußreichen Stellen scheint man von der Einführung eines **Doppeltarifs mit Maximal- und Minimal-Sätzen** Erfolg zu erwarten. Gegen diese Tarifform sprechen bei näherem Zusehen noch gewichtigere Bedenken als gegen die Meistbegünstigungsklausel an sich. Für die künftigen Verträge wird voraussichtlich mehr als bisher der **Reciprozitätsbegriff** in Betracht kommen müssen, der von den Vereinigten Staaten von Amerika bereits mit Erfolg in die Praxis eingeführt ist.

Alle diese Fragen bedürfen jedoch einer eingehenden Klärung und Erwägung nach allen Seiten hin, bevor wir die Neugestaltung des deutschen Zolltarifes zum Abschluß bringen und in Vertragsverhandlungen mit dem Ausland eintreten. Es ist ein Verdienst der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, daß sie in ihrer neuesten Schrift („Die Handelsverträge des Jahres 1901." Betrachtungen und Vorträge von Dr. Posberg-Rekow) eine grundsätzliche und eingehende Erörterung dieser bisher leider viel zu wenig berücksichtigten Gebiete anbahnt. Und es ist nur zu wünschen, daß diese Arbeit, die sicherlich vielseitige Beachtung finden wird, einer weitgehenden und ausreichenden Diskussion der einschlägigen wichtigen Fragen Bahn bricht.

Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches,

nach welchem Angestellte des Anspruchs auf Vergütung nicht dadurch verlustig gehen, daß sie für eine verhältnißmäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne ihr Verschulden an der Dienstleistung verhindert werden, hat schon zu vielfachen Erörterungen Anlaß gegeben. Auch in den Jahresberichten der preußischen Gewerberäthe für 1899 wird er erwähnt, und es ist hier von Interesse, festzustellen, daß sowohl Aufsichtsbeamte selbst wie Regierungspräsidenten sich dahin entschieden haben, daß diese Bestimmung durch Privatvertrag aufgehoben werden könne. Es dürfte die endgiltige Entscheidung denn auch nach dieser Seite fallen. Eine durchaus klare Darstellung der ganzen Materie hat im letzten Hefte der Zeitschrift für Sozialwissenschaft Dr. **Oskar Martens** gegeben. Zu der auch in den letzten Berichten der preußischen Aufsichtsbeamten erwähnten Thatsache, daß in viele Arbeitsordnungen Bestimmungen dahin aufgenommen sind, daß Arbeitern, welche durch einen in ihrer Person liegenden Grund an der Dienstleistung verhindert sind, für die Dauer dieser Behinderung ein Lohnanspruch nicht zustehe, sagt Martens:

„§ 619 B. G.-B. besagt ausdrücklich nur von §§ 617, 618, nicht von § 616, daß vertragsmäßige Abweichungen unstatthaft sein sollen. Unzweifelhaft hätten die Gesetzgeber des B. G.-B. den § 616 in § 619 gleich den benachbarten, ebenfalls auf den Dienstvertrag bezüglichen §§ 617, 619 für zwingendes Recht erklärt, wenn das in ihrer Absicht gelegen hätte; daraus, daß sie es nicht gethan haben, ist bewiesen, daß die Befugniß zur kontraktmäßigen Abänderung des § 616 den Kontrahenten nicht nur formell nach dem buchstäblichen Sinne des Ausdruckes, sondern auch nach dem wirklichen Willen der Gesetzgeber zusteht." „Ebenso nichtig," so fährt er dann fort, „ist der hier und da erhobene Einwand, daß Bestimmungen in Arbeitsordnungen, durch welche die Geltung des § 616 ausgeschlossen wird, gegen die guten Sitten verstoßen und deshalb zu beanstanden seien. Denn § 138, auf den die Einwände augenscheinlich Bezug nehmen, hat öffentlich nur Verstöße gegen die Sittlichkeit oder wucherische Verträge im Auge, denn zu dem Haupttheil dieses Paragraphen „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig", hat die Reichstagskommission hinzugesetzt: „Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvortheile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvortheile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen." Nun wird aber auch ein streng subjektiv denkender Arbeiter oder Arbeiterfreund in der formell zulässigen vertragsmäßigen Ausschließung des § 616 sicher weder ein Sittlichkeitsvergehen noch Wucher erblicken können. Also bedeutet die Ausschließung der Geltung des § 616 auch keinen Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des Gesetzes und darf nicht beanstandet werden." — Auf Grund seiner Ausführungen kommt Martens zu folgendem Schluß: Die durch § 616 herbeigeführte Erweiterung der Verpflichtung des Dienstberechtigten gegenüber dem Dienstverpflichteten besteht formell und vom Gesetzgeber gewollt soweit zu Recht, als sie nicht durch gegenseitige vertragsmäßige Vereinbarung ausgeschlossen ist.

Die Unklarheit über die Auslegung dieser Bestimmungen des B. G.-B. ist in der That recht groß, wie auch das zahlreiche Ersuchen um Aufklärung, die an uns gerichtet werden, beweisen. Es wäre in der That wünschenswerth, daß endlich einmal von Rechts wegen festgestellt würde, welche Annahme denn nun die richtige ist.

*

Politisches.

* Der ehemalige Pastor Göhre hat in den „Sozialpolitischen Monatsheften" einen Aufsatz über Weltfrieden, Militarismus und stehendes Heer veröffentlicht, in welchem er dem Gedanken huldigt, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Prinzip der **Internationalität** einmal den **Frieden** über die Erde tragen werde. Er kleidet seine Ausführungen in Worte, die sonderbar mystisch klingen. So schreibt er:

„Wir Sozialisten müssen festhalten an dieser tiefen Wahrheit: durch die Macht des Glaubens und der Hoffnung auf den Frieden . . . helfen wir ihn begründen. In der That, so ist es! Jeder Glaube, der echt ist, erfüllt den, der ihn hat, gänzlich. Er wird ein Stück von ihm, und der Gegenstand seines Glaubens mit! Denn der Glaube **projicirt** gleichsam das **Objekt seiner Bethätigung** in den Menschen hinein. Er durchleuchtet und erfüllt ihn damit. In ihm gewinnt dies Objekt des Glaubens persönliche und zugleich gegenwärtige Gestalt; denn auch das ist das Charakteristikum echten Glaubens, daß er das, was er glaubt, für bereits gegenwärtig oder doch nahe bevorstehend hält. Wer also an den **Weltfrieden glaubt,** wird gleichsam ein Stück **Personifikation** von ihm. Und wenn dieser Glaube in Millionen lebendig ist, so sind diese Millionen irgendwie Personifikationen von ihm, eine einzige millionenköpfige Personifikation. Bis sie schließlich in der Majorität sind, bis die Gesinnung des Völkerfriedens die Majoritäten der ganzen entscheidenden Welt erfüllt."

Herr Göhre scheint allmälig den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verloren zu haben.

* Besonders vermerkt zu werden verdient es, daß auf dem gegenwärtig in Mainz versammelten sozialdemokratischen Parteitag die erbauliche Thatsache aus Licht kam, daß bei der Abstimmung über die sog. **Zuchthausvorlage** nicht weniger denn 23 **sozialdemokratische Abgeordnete fehlten.** Angesichts dieses Mangels an Pflichtbewußtsein kann man um so größere Genugthuung empfinden, daß die Zuchthausvorlage auch ohne entscheidende Mitwirkung der Sozialdemokratie abgelehnt wurde, sonst stände es heute schlecht um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Für die 23 „gewissenhaften Arbeitervertreter" aber ist es ein Glück, daß sie der Sozialdemokratie angehören, wären es **freisinnige** Volksvertreter gewesen, die sich in solchem Umfange eine Pflichtverletzung von gleicher Bedeutung hätten zu Schulden kommen lassen, dann würde intra und extra muros noch nach Jahr und Tag Kritik daran geübt. So aber wird die Sache bald vergessen sein.

* Die staatsrechtliche Kommission des württembergischen Landtages erklärte sich mit der Ansicht der Regierung einverstanden, daß die auf Grund des Artikels 12 der Militärkonvention gemachten Ersparnisse für den württembergischen Staatshaushalt zu beanspruchen sind. Die Regierung wird infolgedessen beim Bundesrath Schritte thun, um die ersparten Gelder zugewiesen zu erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000921029/fragment/page=0001

Volkswirthschaftliches

ovk. **Die neuerlichen Meldungen, welche sich auf Gewährung von Eisenbahnfracht-Ermäßigungen für den aus dem Deutschen Reich ins Ausland ausgeführten Zucker beziehen, senken die Aufmerksamkeit darauf, in welchem Maße die Eisenbahnen am Transport von Ausfuhrzucker betheiligt sind.** Die Hauptmenge desselben geht nach See. Allein nach Großbritannien, Norwegen, Portugal, Japan, Britisch-Nordamerika, Chile und nach den Vereinigten Staaten von Amerika gingen 1895 von 894,000 t der gesammten Ausfuhr 765,000 t, 1896 von 989,000 t 882,000, 1897 von 1,141,000 t 1,022,000, 1898 von 1,033,000 t 968,000 und 1899 von 939,000 t 849,000 t. Die gesammte, nicht nach den eben genannten Ländern gegangene Ausfuhr hat also von 1895—1899 von durchschnittlich 1,000,000 t nur durchschnittlich 102,000 t jährlich betragen. In dieser Zahl stecken aber noch die nach anderen als den genannten Ländern, namentlich noch den Niederlanden und Dänemark zur See gegangenen und nicht einzeln aufgeführten Mengen, ferner diejenigen, die in den Hamburger Freihafen eingelagert sind, diese mit jährlich etwa 30,000 t, und die auf den Strömen (Memel, Weichsel, Warthe, Elbe, Donau und Rhein) nach Rußland, Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden — nach Frankreich findet ein entsprechender Verkehr nicht statt — gegangenen Mengen mit jährlich etwa 16,000 t. Der nach Abzug dieser Mengen von jenen 102,000 t verbleibende Rest stellt diejenige Menge dar, welche die Eisenbahnen über die Landesgrenzen bringen. Er übersteigt 20,000 t jährlich — 12,000 durchschnittlich gingen davon nach der Schweiz — nicht viel und verschwindet also gegen die Ausfuhr über die Seegrenzen vollständig. In die Seehäfen direkt wurden in jenen Jahren durchschnittlich etwa 220,000 t Ausfuhrzuckers jährlich von den Eisenbahnen gefahren, so daß die Gesammtmenge des auf den Eisenbahnen zur Ausfuhr in nicht deutsche Länder gegangenen Zuckers sich auf etwa 240,000 t im Jahre stellt. Dagegen gingen jährlich 760,000 t deutschen Exportzuckers auf den Binnenwasserwegen in die Seehäfen und ins Ausland. Sieht man davon ab, daß viele Zuckerfabriken so nahe an den Schiffahrtsstraßen liegen, daß sie direkt mit Fuhrwerk ins Schiff verladen, rechnet vielmehr damit, daß auch diese 760,000 t zunächst hätten mit der Bahn gefahren werden müssen, und rechnet dann, was nach der Lage der Zuckerproduktionsgegenden zu den ihnen zunächst benachbarten Binnenwasserstraßen einerseits und zu den Seehäfen andererseits angemessen erscheint, als mittlere Bahntransportleistung 60 km, so sind am Transport des deutschen Ausfuhrzuckers die Eisenbahnen mit 60 Millionen tkm betheiligt. Dagegen durchlaufen die 760,000 t auf den Wasserstraßen bis zu den Seehäfen durchschnittlich etwa 300 km, legen also 228 Millionen tkm zurück. Das wird, da Hamburg allein jährlich etwa 600,000 t deutschen Exportzuckers versendet, am besten klar, wenn man bedenkt, daß derjenige Zucker, der an der Saale-, Planer Kanal- und an der Havelmündung auf die Elbe gelangt, schon vorher bedeutende Entfernungen zu Wasser zurückgelegt hat, und daß im übrigen, beispielsweise im Jahre 1898, die auf die Elbe gelangten und großentheils von Hamburg exportirten Mengen deutschen Zuckers sich wie folgt vertheilt haben: Dresden (Entfernung von Hamburg 563 km) 30,600 t, Wallwitzhafen (356 km) 64,000 t, Aken (341 km; 25,000 t, Saalemündung (325 km) 71,000 t, Magdeburg (288 km) 297,000 t, Mündung des Planer Kanals (242 km) 70,400 t, Mündung der Havel (185 km) 152,000 t.

* Eine Versammlung der bedeutendsten Baumwollgarnfabrikanten hat in Frankfurt a. M. stattgefunden, um gegen das Verschleudern von Näh- und Strickgarnen in den Waarenhäusern Stellung zu nehmen. Die anwesenden Fabrikanten beschlossen, sich mit sämmtlichen deutschen Garnfabrikanten ins Einvernehmen zu setzen, um ein geschlossenes Vorgehen gegen solche Waarenhäuser, welche Garne verschleudern, zu ermöglichen, derart, daß diese Firmen nur dann Waare erhalten, wenn sie sich schriftlich verpflichten, ihre Waare nicht unter einem noch näher zu vereinbarenden Prozentsatze abzugeben.

Schule und Kirche.

* Unlängst veröffentlichten wir an dieser Stelle einen Auszug aus der Zuschrift eines Pastors an die „Christliche Welt," in welcher auf das Entschiedenste dafür eingetreten wurde, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt und der Kirche zugewiesen werde. Als Grund wurde angeführt, daß die Verachtung von Glauben und Religion, die in den weiten Kreisen des Volkes immer weiter um sich greife, in letzter Linie darauf zurückzuführen sei, daß jedes Wort des Katechismus infolge der verkehrten Methode von „Schulekel" triefe. Der Schulunterricht verderbe die Religion, das Höchste und Tiefste werde platt gefragt und nichts mehr auf Hoffnung gesäet. Zu dieser Forderung nimmt nunmehr Schuldirektor Prof. Schaarschmidt im „Neuen Braunschw. Schulblatt" Stellung. Daß wirklich so beklagenswerthe Folgen des Religionsunterrichts in den Schulen zu bemerken seien, kann er nicht leugnen. Aber wer ist daran schuld? So fragt er und beantwortet diese Frage mit den Worten:

„Niemand anders als die kirchlichen Behörden und die verschiedenen kirchlichen Organe, welche in den Kultus- und Unterrichtsministerien, den Konsistorien, Provinzialschulkollegien und -Regierungen 2c., in den Lehrerseminarien und in sämmtlichen Schulen ohne Unterschied mehr oder weniger ausschließlich oder doch zum mindesten tonangebend den Religionsunterricht beherrschen. Es ist eine ganz bekannte Thatsache, daß nur an ganz vereinzelten Stellen ein pädagogisch angelegter und ausgebildeter Religionsunterricht möglich ist, wie denn auch gerade auf diesem wichtigen Unterrichtsgebiete Pädagogik und Theologie schroffe und weit auseinandergehende Gegensätze sind. Wenn man also den Religionsunterricht ganz in die Hände der Kirche lege, führe man die Uebelstände, die man beseitigen will, erst recht herbei. „Außerdem vermögen wir uns keine Schulerziehung ohne Religionsunterricht in der Schule zu denken. Um der Religion, der Schule, der lieben Schuljugend, ja um unserer Familien und des Vaterlandes willen erklären wir uns auf das entschiedenste für Beibehaltung dieses Unterrichtszweiges. Nur wünschen wir auf das dringendste auch auf diesem Gebiete die Entlassung der Pädagogik und der Pädagogen aus der kirchlichen Bevormundung und Herrschaft, freien Raum für einen nach den Grundsätzen der Pädagogik und Psychologie geordneten Religionsunterricht und lebendige Wechselbeziehung in diesem Unterricht zwischen Pädagogik und Theologie. Dann wird es sicherlich besser werden."

Leider sind, davon wird Prof. Schaarschmidt selbst überzeugt sein, absolut keine Aussichten vorhanden, daß seine Wünsche in Erfüllung gehen werden.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In der vielerörterten Königsberger Nichtbestätigungs-Affäre wird offiziös jetzt mit ernsteren Maßregeln der Regierung gedroht, falls man thatsächlich, wie beabsichtigt, den Direktor Dr. Dullo erneut zum Stadtrath wähle. Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben diesbezüglich:

Auch in linksliberalen Kreisen wird man sich sagen müssen, daß die Staatsregierung gar nicht in der Lage ist, in eine Beschränkung ihres Aufsichtsrechtes über die Gemeinden zu willigen. Wenn ferner die Königsberger Stadtverordneten-Versammlung dem Vorschlage ihres Wahlausschusses folgen sollte, den nicht bestätigten Dr. Dullo wiederum zum Stadtrathe zu wählen, so wird man sich von vornherein darüber klar sein müssen, daß es sich dabei um eine reine Demonstration ohne jegliche praktische Bedeutung handeln würde. Denn daß man nicht hoffen kann, der Regierung die Bestätigung des Dr. Dullo abzutrotzen, liegt klar auf der Hand. Solche Demonstrationen gegen die Staatsaufsichtsrechte können aber, wenn sie auch keinen praktischen Zweck haben, doch recht empfindliche praktische Nachtheile für die städtische Selbstverwaltung im Gefolge haben. Denn jede Gegenmaßregel, zu der die Staatsregierung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen befugt ist, und zu der sie behufs Wahrung ihrer Autorität genöthigt sein könnte, führt nothwendig zu einer Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung. Dies geschieht selbstverständlich, wenn nach mehrfacher erfolgloser Wahl die betreffende Stadtrathsstelle kommissarisch verwaltet werden müßte. Eine Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung würde aber noch in höherem Maße eintreten, wenn es zu einer Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung käme; denn in diesem Falle wird für die Dauer bis zur Neukonstituirung der Gemeindevertretung die städtische Selbstverwaltung ganz suspendirt, weil nach der Städteordnung für dieses Interimistikum die Geschäfte der Stadtverordneten-Versammlung kommissarisch wahrzunehmen sind.

Diese Drohungen zeigen, wie herrlich weit es unter dem gegenwärtigen Ministerium mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gekommen ist. Nach Lage der Sache aber glauben wir kaum, daß sie die Königsberger Stadtverordneten zu einer Sinnesänderung bestimmen können.

m. Ein gewisser Kendelbacher und Gen. aus der Gegend von Gumbinnen waren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt und auch von der Strafkammer verurtheilt worden. Eines Tages erschien bei dem Tischler Kendelbacher ein gewisser Schneider, welcher für die Sozialdemokratie agitiren soll, um sich angeblich im Schärfen der Sägen unterrichten zu lassen. Schneider blieb jedoch noch am folgenden Tage bei Kendelbacher, welcher angeblich zur Geburtstagsfeier seiner Ehefrau gegen Abend etwa zwölf Männer in seine Wohnung geladen hatte. Bei dieser Gelegenheit soll Kendelbacher Witze erzählt haben, politische Angelegenheiten sollen nicht erörtert worden sein. Auf dem Tisch waren indessen politische Zeitungen sozialdemokratischer Tendenz aufgefunden worden. Das Landgericht nahm an, daß die Zeugen mit ihren Aussagen zurückhielten und daß in jener Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, ohne daß eine fristgeitige Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde stattgefunden hatte. Nach Ansicht der Strafkammer kann von einer Geburtstagsfeier nicht die Rede sein, da sich nur Männer eingefunden hatten, welche ihren Schnaps selbst bezahlten. Gegen diese Entscheidung legte Kendelbacher, welcher wegen Hergabe seiner Stube an einer unangemeldeten Versammlung verurtheilt worden war, Revision beim Kammergericht ein. Der Strafsenat wies jedoch die Revision als unbegründet zurück, da der Vorderrichter ohne Rechtsirrthum angenommen habe, daß bei Kendelbacher eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden habe, nn politische Angelegenheiten zu erörtern; auch sei der Begriff „Versammlung" nicht verkannt.

Soziale Angelegenheiten.

* Die Bergarbeiterlöhne, die während der letzten Jahre seine sehr bedeutende Aufwärtsbewegung erfahren haben, sind auch im laufenden Jahre in Preußen durchweg erheblich gestiegen. Der Jahresbericht der Bochumer Handelskammer hat festgestellt, daß seit 1896 der Lohn der eigentlichen Bergarbeiter um mehr als 21 Proz. gestiegen ist. Ueber die Steigerung im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1899 giebt eine Zusammenstellung in der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen" Auskunft. Danach bewegten sich die Schichtlöhne für die unterirdisch beschäftigten, eigentlichen Bergarbeiter in den verschiedenen Bezirken Preußens im vorigen Jahre zwischen 3.04 und 4.84 M., im ersten Quartal dieses Jahres dagegen zwischen 3.16 und 5.04 M. Im Aachener Bezirk stieg der Schichtlohn in der kurzen Zeit um 32 Pfg. Die größte Höhe erreichte er im Ober-Bergamt Dortmund mit 5.04 M.

Heer und Flotte.

* Einer Korrespondenz zufolge, welcher die „Volksztg." Raum giebt, sind die Reservisten bei ihrer Entlassung auf die kriegerische Entwicklung in China hingewiesen und aufgefordert worden, bei ihrer Rückkehr in die Heimath dahin zu wirken, daß die Abgeordneten, welche von der Chinapolitik nichts wissen wollen, von dem guten Willen des Kaisers überzeugt würden und den Forderungen der Regierung zustimmten. „Leute," so hieß es in einer solchen Rede, „unsere Brüder und Kameraden sind draußen im Felde, ich kann euch versichern, daß noch Nachschübe für China nöthig und geplant sind. Ergeht an euch der Ruf zur Bildung eines freiwilligen Heeres, so stellt euch alle, Mann für Mann, unserm Kaiser, unserm Vaterlande, um hinauszuziehen und einzustehen für das Recht und die Ehre des Deutschen Reiches." Verschiedentlich sind Leute, welche sich zu den Expeditionen gemeldet hatten, aber wegen des Ueberangebots zurückgestellt werden mußten, gefragt worden, ob sie ihre Meldung auch für fernerhin aufrechterhalten; die Antworten lauteten im allgemeinen bejahend. Viele machten dieses jedoch von den Verhältnissen in der Heimath abhängig. — Wir wären begierig zu erfahren, wie die Reservisten es anfangen sollen, die Abgeordneten nach dem Sinne der Regierung zu beeinflussen. Ob man sich das in militärischen Kreisen so leicht denkt?

Versammlungen und Kongresse.

* Der Verbandstag der deutschen Gewerbevereine beschäftigte sich in seiner zweiten Sitzung zunächst mit der Gründung einer Pensions- und Unterstützungskasse für selbständige Gewerbetreibende. Die Nothwendigkeit, eine solche Kasse zu gründen, wurde als feststehend erachtet, da wohl für die Arbeiter und Beamten bereits gesorgt worden sei, dagegen für die Handwerksmeister nicht. Die Einführung einer gesetzlichen Versicherung für Handwerksmeister erachtete man als empfehlenswerth, da die bisherigen, auf freiwilliger Betheiligung beruhenden Einrichtungen sich in engen Grenzen hielten. Das Material wurde dem Verbandsvorstand zur weiteren Behandlung übertragen. Weiter wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, geeignete fördernde Schritte zur Einrichtung einer Versicherung auf Sterbefall für die Mitglieder des Verbandes zu unternehmen. Als Ort der 10. Haupt-Versammlung wurde Hannover bestimmt.

[Nachdruck verboten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

VII.

S. & H. Mainz, 20. Sept.

(Vierter Sitzungstag.)

Der Parteitag setzte heute die gestern abgebrochene Debatte über Verkehrs- und Handelspolitik fort. Als Endergebniß ist zu verzeichnen: Die von Vollmar beantragte Streichung der Worte, betr. die Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich, wurde abgelehnt. Der Passus, betr. den Mittellandkanal, wurde gestrichen und die Resolution Calwer sodann mit folgenden von der Genossin Luxemburg beantragten Zusätzen angenommen:

1. Hinter **A 3** folgenden Punkt zu setzen: 4. für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel, von den Seehäfen und den Grenzstationen ins Innere des Landes."

2. Dem Punkt **B 1** folgende Fassung zu geben: „Für Ablehnung aller Zölle und Zollerhöhungen, besonders auf Lebensmittel 2c."

3. Hinter **B 3** folgenden Zusatz zu machen: 4. für das Prinzip der „offenen Thür" und gegen das der „Interessensphären" in Bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete."

Der nächste Punkt betrifft die Stellungnahme zu den Landtagswahlen.

Abg. Bebel hat seinen Antrag etwas abgeändert. Derselbe lautet jetzt:

Der Parteitag wolle beschließen: In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbetheiligung unmöglich machen, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß infolge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden.

Inwieweit hiernach die Wahlbetheiligung in einem Wahlkreise unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Bebel führte aus: Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß wir einmal den ernsten Versuch machen müssen, im preußischen Landtage Boden zu fassen und, da wir es selbständig nicht können, durch Zusammengehen mit gewissen bürgerlichen Elementen, denen infolge ihrer politischen Haltung ein Zusammengehen möglich ist, den Weg zu erreichen suchen. Auf Grund des Stuttgarter Beschlusses haben sich einige Kreise betheiligt. Aber der Ausfall kann nicht maßgebend sein, weil das getrennte Marschiren die Kraft geschwächt hat. Wenn wir in den Wahlkampf eintreten, darf es kein Zaudern geben. Ich halte es für geboten, daß die Partei einmal in Preußen zeigt und kennen lernt, was sie zu leisten vermag. Es ist möglich, daß wir durch die Betheiligung in Urwahlbezirken nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen in einer Reihe Urwahlbezirken die Mehrheit erhalten können. Ueber die Bündnißfähigkeit der bürgerlichen Parteien gebe ich mich keinen Illusionen hin und den Gegnern des Wahlbündnisses gebe ich zu, daß die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen nicht zu Gunsten der Bündnißfähigkeit der bürgerlichen Parteien sprechen. Gelingt der Versuch nicht, so werden wir von selbst wieder unsern Weg gehen. (Lebebour: Sehr erfreulich!) Jawohl, ich glaube, daß dann auf dem nächsten Parteitage der Antrag kommen werde, nicht mehr zu wählen. Ich werde den Antrag dann selbst stellen, wenn ich noch lebe, was ich hoffe. Es ist richtig, daß die bürgerlichen Parteien immer ins reaktionäre Lager abschwenken, das zeigen gewisse Vorgänge im Landtag, auch bei den Nachwahlen. Was vom Centrum zu halten ist, zeigte sein Verhalten in der Flottenfrage und die Rede Lieber's in Bonn. Aber das alles darf uns nicht abhalten, mit unserer ganzen Kraft zu versuchen, wie weit wir kommen. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Singer-Berlin tritt Bebel entgegen und empfiehlt folgenden Antrag:

Am Schluß der Resolution ist der letzte Satz, beginnend: „Ohne dessen Zustimmung" bis Schluß zu streichen und an dessen Stelle zu setzen:

„Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen gemeinsamer Aufstellung von Wahlkreiskandidaten und Kandidaten für die Landtage sind nicht zulässig."

Singer führte zur Begründung seines Antrages aus: Wenn es möglich wäre, aus eigener Kraft einige Mandate im Abgeordnetenhause zu erhalten, so würde ich auch gewiß damit einverstanden sein, aber den Weg, den Bebel vorschlägt, kann ich nicht beschreiten. Bebel hat ganz richtig gesagt, daß wir nur mit Hilfe der bürgerlichen Parteien Mandate erhalten können. Auf diesen Kuhhandel lasse ich mich nicht ein. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlassen damit den Standpunkt, der die Partei groß und stark gemacht hat. Ich halte die Gefahr viel größer als den Gewinn einiger Mandate. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob wir als sozialdemokratische Wähler auftreten und in der Stichwahl für das Centrum oder den Freisinn als das kleinere Uebel stimmen oder ob wir von vornherein ein Wahlbündniß eingehen. Wir will Bebel überhaupt Klarheit über unsere Stärke erhalten, wenn wir von vornherein für den bürgerlichen Kandidaten stimmen. (Beifall und Widerspruch.)

Geck-Offenbach ist unter Bezugnahme auf die badischen Verhältnisse gegen die Wahlbetheiligung.

Dr. Ledebour-Dresden: In Sachsen sei die Gefahr eines Wahlbündnisses nicht sehr groß, da dort keine Partei mit den Sozialdemokraten Bündnisse schließen werde. Selbst die National-Sozialen werden, nachdem sie das „Hunnenpanier" aufgepflanzt haben, für ein Bündniß zu haben sein. (Große Heiterkeit; Pfarrer Naumann, der als Zuhörer anwesend ist, lacht mit.) Die Bündnisse würden der Partei nur zum Schaden gereichen. (Beifall.)

Rechtsanwalt Haase-Königsberg ist für Wahlbetheiligung, jedoch nur mit eigenen Wahlmännern. Jede andere Wahlform würde die größte Verwirrung in den eigenen Reihen anrichten. Wir würden eine kapitale Dummheit begehen, wenn wir uns nicht an den preußischen Landtagswahlen betheiligten. Die Schranken des Dreiklassen-Wahlsystems sind nicht unüberschreitbar. (Sehr richtig!) In den großen Städten kann jeder sich offen als Sozialdemokrat bezeichnen; freilich die Staatsarbeiter werden wir ausschalten müssen. Ueber die Verhältnisse auf dem Lande herrschen bei den Berliner Genossen sehr irrige Ansichten. Wir haben jetzt erst in Ostpreußen einen Parteitag gehabt, der von 30 echten Landarbeitern beschickt war. (Hört! Hört!) Diese Leute haben sich einstimmig für die Wahlbetheiligung ausgesprochen. (Hört!) Die Leute auf dem Lande brauchen sich bei der gegenwärtigen Situation nicht zu scheuen, sich öffentlich als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Die Junker klagen allgemein über Arbeiternoth und sagen mit Recht, daß sie abhängiger von den Arbeitern sind, als diese von ihnen. Die Leute können sich offen als Sozialdemokraten bezeichnen. Sind sie tüchtige Arbeiter, so wird ihr Herr froh sein, daß er Arbeiter hat. Nur mit Hilfe der Wahlbewegung können wir unsere Ideen auf das Land tragen. Es ist ein Fehler, wenn wir, nachdem wir prinzipiell unsere Wahlmänner gewählt haben, für einen zuverlässigen Freisinni eintreten. (Ruf: „Giebt's ja gar nicht!") Gewiß, das Gros des Freisinns ist nichts werth, aber es giebt auch Freisinnige mit Rückgrat. Wenn wir in die Wahlen eintreten, sorgen wir, daß Leute mit Rückgrat in den Vordergrund treten. (Heftiger Widerspruch.)

Frau Ihrer-Berlin widerspricht der Ansicht Haase's, daß die Partei auf dem Lande Wahlerfolge erzielen könne und daß die Landarbeiter, die öffentlich sozialdemokratisch wählen, nicht gemaßregelt werden würden. Wir Berliner werden an dem Vermächtniß unseres Liebknecht festhalten. Wir in Berlin und der ganzen Umgebung Berlins sind Gegner jeder Wahlbetheiligung, vor allem aber gegen jedes Wahlbündniß. (Beifall.)

Redacteur Dr. Quarck-Frankfurt am Main: Nach den Erfahrungen in Frankfurt sei gar nicht daran zu denken, daß sie wieder von der Wahlbewegung abgehen werden. Im Gegentheil, das nächste mal werden sie sich mit lauter sozialdemokratischen Wahlmännern an der Wahl betheiligen. Grenz-Leipzig: Es handle sich nicht darum, ob sie sich an den Landtagswahlen betheiligen wollen, sondern ob sie sich betheiligen können. (Sehr wahr!) Dieser Gesichtspunkt habe ja auch 1893 dazu geführt, daß die Landtagswahlen betheiligung geradezu verboten wurde. Er behaupte, daß die bürgerlichen Parteien nicht besser seien als die Junker. Niemann-Chemnitz: Die sächsische Wahlbewegung ist uns durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000921029/fragment/page=0002

die Leipziger verpflichtet worden. Ich stimme für die Bebel'sche Resolution nur, wenn die Maschen so eng gezogen werden, daß kein Grenz, Liebknecht, Schönlank und Goldstein durchschlüpfen kann. (Heiterkeit! Schönlank: Weshalb bist du so aufgeregt!) Bei den Stichwahlen für den Reichstag stimmen wir ja auch für die Freisinnigen (Ruf: Ihr habt ja keine Freisinnigen! (Heiterkeit.) Nun nee, denn machen wir's mit den Antisemiten. (Stürmische Heiterkeit.) Diese Rebellion der Leipziger Genossen gegen die Parteiwerden wir nicht mehr dulden. (Heiterkeit.) Wehe dem, der nicht mitmacht, der fliegt hinaus. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Bruhns-Breslau: Trotzdem wir durchaus nicht mit allen Kräften in die Wahlbewegung gegangen sind, haben wir überraschende Erfolge gehabt. Die Schwierigkeiten sind für die Partei nicht unüberwindlich. Wir bleiben in Breslau auch weiter Anhänger der Wahlbetheiligung und auch, wenn es nöthig ist, eines Wahlkompromisses. (Beifall.) Adolf Hoffmann-Berlin: Der Parteivorstand soll über die Wahlen in Preußen entscheiden. Weshalb nicht auch über die Wahlen in Sachsen, in der Pfalz und in Bayern? Haben die Bayern nicht auch schon manche Dummheit gemacht? (Lachen. Ruf: Nein!) Ja der Pfalz hat man Bündnisse mit dem Centrum abgeschlossen, in einem Wahlkreis, in dem wir die Mehrheit hatten, wurde sogar „zurückgepfiffen", weil zwanzig Centrums-Wahlmänner nicht einen Sozialdemokraten wählen wollten. Jetzt werden die Genossen das Centrum nicht mehr los. (Ruf: „Wo hatch das her!" Heiterkeit.) Hoffentlich macht der Parteitag diese Kapitaldummheit nur einmal! (Heiterkeit.) Die Freisinnigen sind für uns nicht zu haben, sie wählen den Teufel, wenn er kein Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) In Berlin haben freisinnige Juden sogar für den Antisemiten Ulrich gegen den Sozialdemokraten Glocke gestimmt. (Sehr richtig!) Viele Wähler stimmen für uns, ohne sich um Politik zu kümmern. Diese Leute würden wir verwirren, wenn wir ihnen bei den Landtagswahlen den Freisinnigen als Volksvertreter, bei den Reichstagswahlen als Volksverräther hinstellen. (Beifall, Lachen.) Wir werden namentliche Abstimmung verlangen, damit wir nachher feststellen können, wer eine Kapitaldummheit begangen hat, wir oder die Illusionäre Haase und Compagnie (Große Heiterkeit, Unruhe.) Reichstagsabgeordneter Baudert-Apolda tritt für Wahlbetheiligung ein. Die Freisinnigen solle man nicht immer so schwarz himmalen. Eine Reihe Abgeordneter ist nur mit freisinnigen Stimmen gewählt. Im Parlament selbst sind wir oft gezwungen, mit den Freisinnigen gemeinsame Sache zu machen.

Nach weiterem Für und Wider wurde die Sitzung hierauf auf Freitag früh vertagt. Abends fand ein Festkommers statt.

Ausland.

Die Wirren in China.

Hinsichtlich der deutschen Note verlautet aus Washington, das Staatsdepartement werde den deutschen Vorschlag in ungünstigem Sinne beantworten. Wenn darauf bestanden werde, würden die Unionstaaten sich gezwungen sehen, aus dem Konzert der Mächte auszutreten. Man glaubt, Deutschland fordere Unmögliches. Der deutsche Geschäftsträger Graf v. Sternburg gab die Erklärung im Staatsdepartement ab, die Note sei nicht endgiltig, sondern enthalte lediglich einen allen Mächten übermittelten Vorschlag und lade zu Gegenvorschlägen ein. Sie könnte abgeändert werden und würde wahrscheinlich geändert werden, wenn die Antworten von allen Mächten eingegangen sein werden. Aber selbst in der veränderten Form werde die Union-Regierung sie nicht billigen können.

Ein allerneuestes erlassenes kaiserliches Edikt ernennt die Vicekönige von Nanking und Wuchang zu Betsitzern der aus Li, Tching und Yunglu bestehenden Friedenskommission. Diese Ernennungen erfolgten auf Anregung Li's, aber die Vicekönige werden keine Vollmachten erhalten, sie würden vielmehr im Laufe der Unterhandlungen nur drahtlich oder durch Sonderkuriere zu Rathe gezogen werden. Es sei nunmehr sicher, daß die chinesischen Unterhändler sich weigern, Friedensvorschläge anzunehmen, die eine schimpfliche persönliche Strafe über die Kaiserin enthalten. Die Vicekönige der Mittel- und Südprovinzen, die in Gemäßheit des Abkommens mit den Konsuln die Fremden unter ihrer Jurisdiktion schützten, würden einem solchen Vorschlag nöthigenfalls gewaltsamen Widerstand bieten. Die Chinesen würden nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Kaiserin ihrer Macht und ihres Einflusses beraubt werde, aber weiter wollten sie nicht gehen. Dagegen würden sie jedwede Züchtigung billigen, die über Tuan und die übrigen Beamten, die für die Wirren verantwortlich sind, verhängt werden sollte.

Aus Peking wird gemeldet, wahrscheinlich würden zehntausend Mann dort überwintern. Die Deutschen seien die zahlreichsten. Japan werde seine meisten Truppen nach Nagasaki zurückziehen, die Russen würden zweitausend Mann in Peking lassen. Es sei eine vereinigte Expedition, bestehend aus deutschen, englischen und französischen Truppen, zur Abpatrouillirung des Landes geplant.

Italien.

Geradezu erschreckende Zustände beleuchten einige Streiflichter, die aus einem Berichte der „Volksztg." auf das Treiben eines Theiles der katholischen Geistlichkeit Italiens fallen. Es heißt da u. a.: Der Pfarrer von S. Giovanni Suergiu (Sardinien), Don Arrius, wurde zu sechs Monaten Gefängniß und 800 Lire Geldstrafe verurtheilt, weil er von der Kanzel sagte: „Den König umzubringen, ist keine Sünde; wir werden die Republik bekommen, welche uns Priester viel besser behandelt!" Sein Gehalt wurde auf ein Jahr beschlagnahmt. Arrius ist der achte wegen Verherrlichung des Königsmordes verurtheilte Geistliche. Es wäre kein Wunder, wenn, aufgestachelt durch derartige Hetzereien fanatischer Priester, sich nächstens irgend ein frommer italienischer Katholik fände, der gegen den derzeitigen König von Italien ein neues Attentat in Scene setzte, in der Meinung, ein Gott wohlgefälliges Werk zu thun, wenn er dem Beispiele Bresci's folgte.

Weiter heißt es: Der Pfarrer von Golasecca (Lombardei) hatte sich im Kinderasyl derart aufgeführt, daß der Gemeinderath Beschwerdeführung und Klageerhebung gegen ihn beschloß. Da der Herr Pfarrer Don Coelestin Redaelli ein gewaltthätiger Herr ist, so begab er sich aufs Rathhaus und verlangte unter Androhung von Schlägen, daß der Gemeinderath sofort die Zurücknahme der Klage beschließe und zu Protokoll nehme. Als dies nicht geschah, eilte der hitzige Pfarrer auf den Balkon, rief um Hilfe und ließ durch seinen Küster Sturm läuten. Es gab einen Heidenspektakel und die Gemeinderäthe wurden stundenlang eingeschlossen und von der blöden und fanatisirten Bauernmenge belagert; die Eingeschlossenen verlebten eine qualvolle Nacht. Der Appellhof von Mailand, aus milden Richtern bestehend, verurtheilte den gemeingefährlichen Pfarrer wegen Widerstehlichkeit gegen rechtliche Anordnungen der Obrigkeit und Erregung eines Aufruhrs nur zu sechs Monaten Gefängniß und zum Einzug eines halben Jahresgehalts. — Der Pfarrer Don Agostino aus der Diözese Aquila (Abruzzen) wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet, sein Gehalt wurde sequestrirt. — Der Pfarrer von Rocca Pia, Don Salvator De Meis, wurde von der Strafkammer in Sulmona zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Dieser Priester hatte den leiblichen Vater wiederholt schwer mißhandelt und mehrere Ehefrauen seiner Verwandtschaft zum Ehebruch verleitet. Als er daraufhin — wie wohl selbstverständlich — auf den Pfichtheil gesetzt worden war, hatte er das ihm ungünstige Testament getödtet und vernichtet. Das Gehalt des De Meis wurde zu Gunsten der Geschädigten auf drei Jahre gesperrt. — Angesichts einer derartigen Verkommenheit italienischer Geistlicher darf man sich über das niedrige sittliche Niveau breiter Schichten des italienischen Volkes nicht wundern. Es ist erfreulich, daß die Regierung sich entschlossen hat, den klerikalen Augiasstall mit fester Hand zu reinigen; hoffentlich läßt ihre Entschlossenheit nicht nach, bevor dieses höchst nothwendige Werk vollendet ist.

Serbien.

Ueber die Unregelmäßigkeiten in der Finanzgebahrung des Kabinets Georgiewitsch veröffentlicht die „N. Fr. Pr." noch folgende Einzelheiten:

Das Kabinet Jovanovitsch fand bei seinem Amtsantritte die Staatskassen leer und war genöthigt, bei der Nationalbank ein Darlehen im Betrage von 2½ Millionen Dinars aufzunehmen, damit die staatliche Gebahrung nicht ins Stocken gerathe. Das Ministerium beauftragte eine Kommission mit der Untersuchung, wohin die zehn Millionen gerathen seien, die das frühere Kabinet im vorigen Jahre der Nationalbank entnommen hat, und wohin die Stiftungsfonds und der Dispositionsfonds gekommen seien, von welch letzterem schon vor Ablauf des ersten Halbjahrs nichts mehr vorhanden war. Es wurde festgestellt, daß die Staatskasse auf Grund einfacher Zettel, oft auch nur von Visitkarten, namhafte Beträge ausgezahlt habe. So an den König Milan, wie bereits mitgetheilt, allein in den letzten Jahren beiläufig 10 Millionen, daß Ministerpräsident Georgiewitsch für Mobiliar, Diners, Musik, Beleuchtung, Dienerschaft 28,000 Francs aus dem Dispositionsfonds erhalten habe. Der Ministerpräsident habe überdies die Privatschatulle des Königs in Anspruch genommen, indem er behauptete, daß er nicht imstande sei, von seinen amtlichen Bezügen seine zahlreiche Familie zu erhalten. Zur Bestreitung der Kosten des Attentatsprozesses hat der Ministerpräsident 47,042 Dinars in Gold und 30,000 Dinars in Silber behoben. Georg Petrovitsch, dem jüngeren Bruder des Finanzministers, wurden zur Deckung einer entnommenen Summe 19,000 Francs ausbezahlt, während Lukatschin Petrovitsch, der Finanzminister, selbst 15,000 Francs zur Bestreitung der Begräbnißkosten für seinen Sohn erhielt. Der Unterrichtsminister bekam zur Heilung eines Augenleidens 5000 Fr., der Minister des Innern 50,000 Francs aus dem Dispositions- und Geheimfonds. Auch die Kriegskasse soll angeblich mit Wissen und Zustimmung des früheren Armee-Oberkommandanten, des Exkönigs Milan, angegriffen worden sein.

Kleine Notizen.

Das Attentat auf den Schah von Persien wird in der zweiten Hälfte des Oktober vor dem Pariser Schwurgericht verhandelt werden. Die Anklage wird wegen vorbedachten Mordversuchs erhoben, ein Verbrechen, auf welches in Frankreich bei erschwerenden Umständen die Todesstrafe gesetzt ist.

Eine von 70 westindischen Plantagenbesitzern unterschriebene Adresse, worin die dänische Regierung aufgefordert wird, die westindischen Inseln an Amerika zu verkaufen, wurde dem König von Dänemark durch eine Deputation überreicht.

Provinzialnachrichten.

* **Aken,** 20. Sept. [Zum Besuche des Kronprinzen.] Unseren Mittheilungen in der Morgennummer können wir jetzt noch folgendes hinzufügen: Der Kronprinz benutzte in den fahrplanmäßigen Zügen einen Salonwagen der Eisenbahnverwaltung, sein Gefolge fuhr in Wagen 1. und 2. Klasse. Auf Bahnhof Patzetz wurde er von seinem Gastgeber, dem Freiherrn von Nordenpflycht, und weiter den Herren Amtsrath v. Diesbarby, Amtsrath Elsner-Groß-Rosenburg, Rittmeister v. Diesbe-Gottesgnaden und den Damen dieser Herren empfangen. Außerdem waren ein zahlreiches Publikum und die Schulen der umliegenden Ortschaften mit ihren Lehrern erschienen. Der Bahnhof war trefflich geschmückt. Großer Empfang war verboten, doch machte die herzliche Begrüßung auf den Kronprinzen erschüttert einen angenehmen Eindruck. Die beiden Töchter des Stationsbeamten Wolter überreichten ihm einen Blumenstrauß, wobei die eine die Worte sprach: „Weil ich eine kleine Patriotin bin, überreich ich dies Sträußchen mit frohem Sinn, damit unserem lieben Kronprinzen Jagdglück werde zu theil, rufe ich froh: ‚Gut Waidmannsheil'!"

* **Rogäs,** 29. Sept. [Verbrannt. — Goldene Hochzeit.] Um Kartoffelkrautfeuer auf dem Felde geriethen die Kleider der fünfjährigen Tochter des Arbeiters Göpky in Brand. Die Flammen verursachten große Brandwunden am Körper des Kindes, das schwerverletzt nach Magdeburg ins Krankenhaus gebracht wurde. — Dieser Tage feierte der Lehrer emer. Kläh in Sandfurt seine goldene Hochzeit.

* **Staßfurt,** 20. Sept. [Folgen des Transvaalkrieges. — Ueberfahren. — Tödtlicher Sturz.] Die Folgen des Krieges in Südafrika zeigen sich auch in unserer heimischen Industrie. Eine Fabrik in Leopoldshall, die Cyankali aus Blutlaugensalz herstellt, hatte hierfür Absatz in den Goldbergwerken Südafrikas, wo es zur Goldgewinnung benutzt wurde. Da seit einem Jahre die Lieferungen nach dort aufhörten, beschäftigt sich die Fabrik jetzt mit der Herstellung anderer chemischer Erzeugnisse. — Ein in Diensten des Oekonomen Drachau stehender Knecht fiel gestern abend beim Kartoffelnlehnfahren von seinem Fuhrwerke herab, und der schwere Wagen ging ihm über beide Beine. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus geschafft. Wie das Unglück geschehen konnte, ist bis jetzt nicht aufgeklärt. — Traurige Folgen hatte der Fall eines kleinen 3jährigen Jungen von hier. Er fiel in der Stube vom Stuhl, klagte darauf über Schmerzen im Hinterkopf und starb nach einigen Tagen an den Folgen dieses Falles.

* **Eilenburg,** 20. Sept. [Der Kaiser] hat die Würde eines Schützenkönigs der hiesigen Büchsenschützengesellschaft angenommen und zugleich mit dem betreffenden Schreiben der Gesellschaft eine silberne Königsmedaille übersenden lassen.

* **Zörbig** (Kreis Bitterfeld), 19. Sept. [Jubiläum.] Am gestrigen Tage feierte hier der praktische Arzt Dr. Voitus sein goldenes Doktorjubiläum.

* **Merseburg,** 20. September. [Ueberfahren.] In der Klause wurde gestern nachmittag der 5jährige Sohn des Kanzlei-Assistenten M. hier von einem leeren Ziegelwagen über den Leib gefahren und anscheinend erheblich verletzt. Den Geschirrführer trifft keine Schuld, da der kleine Kerl in jugendlichem Uebermuthe versucht hat, den einem Geschirr angehängten Wagen während der Fahrt zu erklettern, hierbei aber hängen geblieben und vor die Räder gefallen ist.

K. **Erfurt,** 20. Sept. [Rotzkrankheit. — Morphiumsucht.] Wir berichteten kürzlich, daß in Büßleben ein rotzkrankes Pferd des dortigen Schafmeisters getödtet, und daß als Entschädigungssumme 250 M. festgesetzt worden seien. Nachträglich ist folgendes zur Kenntniß der Behörde gelangt. Der Eigenthümer des Pferdes hatte dieses von dem Koppelknecht eines Händlers für 20 M. als Hundefutter gekauft und an den Knecht war das Thier von Eigennern verkauft worden. Weitere Erhebungen, die namentlich dahin zielen, eventuelle Ansteckungsgefahr zu beleitigen, sind im Gange. — Einem hiesigen Apothekenbesitzer fiel es auf, daß während der letzten Tage ein Fremder wiederholt, unter Vorlegung eines Rezeptes, das mit dem Namen eines hiesigen Arztes versehen war, größere Quantitäten Morphium entnahm und dies gleich bezahlte. Schließlich wurde entdeckt, daß das Recept gefälscht war. Als gestern der Fremde wieder Morphium verlangte, ließ ihn der Apotheker sofort festnehmen. Der Festgenommene heißt Bock und stammt aus Bromberg. Er hatte das Gift für sich gebraucht, um sich, wie er sagte, in einen „seligen Zustand" zu versetzen.

* **Dessau,** 20. Sept. [Stiftung.] Die zur Verfügung stehenden Zinsen der Baron Moritz von Cohn-Stiftung mit ca. 7500 M. sind zur Vertheilung gekommen, und zwar konnten Bewohner von 31 anhaltischen Gemeinden berücksichtigt werden. Die nächste Vertheilung findet am 30. April statt. Der Vorstand wird über die Bewerbungen genaue Vorschriften bekannt geben. Die inzwischen eingehenden Gesuche können Berücksichtigung nicht finden.

* **Zerbst,** 20. September. [Verschwunden.] Ein Knecht des Gutsbesitzers Friedrich in Wertlau nahm am Sonntag einen Einspänner seines Dienstherrn, um für sich Senfen zu holen. Der Knecht kam jedoch mit dem Geschirr nicht zurück, vielmehr wurde der Wagen auf freiem Felde nach Rodleben zu gefunden, während das Pferd an einer Bahnwärterbude bei Rodleben am Montag abend aufgegriffen und untergebracht wurde. Gestern konnte das Geschirr vom Besitzer wieder in Empfang genommen werden.

* **Braunlage,** 20. Sept. [Ein höchst bedauernswerther Unfall] hat hier gestern nachmittag eine große Aufregung hervorgerufen. Eine Gesellschaft von Sommergästen (drei Damen und ein Herr) unternahm von St. Andreasberg aus eine Vergnügungsfahrt zu Wagen nach der unweit unseres Ortes gelegenen „Waldmühle". In der Nähe der Waldmühle, wo die Fahrstraße nicht unerheblich abfällt, scheute das eine der beiden Pferde, weil ihm, wie man sagt, der losgelöste Schwengel ans Hinterbein schlug, und die Thiere gingen in gestrecktem Galopp durch, ohne daß der Lenker sie zum Stehen zu bringen vermochte. Der Herr versuchte, sich durch einen Sprung zu retten und riß den Kutscher, der ihn zurückhalten wollte, mit sich herunter. Beide erlitten erhebliche Verletzungen. Auch die Damen sprangen darauf aus dem Wagen, die beiden ersten kamen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon, die letzte hingegen erlitt einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung sowie schwere innere Verletzungen, die das Schlimmste befürchten lassen. Der telephonisch von hier herbeigerufene Arzt Dr. med. Vogeler ließ den Schwerverletzten, die zunächst in der Waldmühle Unterkunft fanden, die nöthige Hilfe angedeihen. Später wurden die Verunglückten nach St. Andreasberg zurücktransportirt. Pferde und Wagen sind wunderbarerweise fast unbeschädigt geblieben.

* **Rottorf** bei Königslutter, 20. Sept. [Vom Blitze erschlagen] wurde gestern abend in ihrer Wohnung die Frau des Arbeiters Hobohm, während eine andere anwesende Frau betäubt wurde. Das schwere Gewitter zog gegen 6 Uhr über unseren Ort und war von wolkenbruchartigem Regen begleitet.

* **Seesen,** 20. Sept. [Ueberfahren.] Der Rangirmeister Jakobs wurde heute nachmittag gegen 4 Uhr von dem Harzburg-Seesener Zuge, als er das Gleis überschritt, überfahren. J. war der Ernährer einer Frau und 4 Kinder.

± **Vom Eichsfelde,** 20. Sept. [Schwer verunglückt] ist gestern abend ein Radfahrer aus Dingelstädt auf der Chaussee zwischen Heiligenstadt und Geisleden. Der Radfahrer fuhr zwischen die Pferde eines Kutschgeschirrs und stürzte, so daß er durch Hufstritte usw. schwere Verletzungen erlitt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. Sept. Der wirthschaftliche Ausschuß zur Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen tritt im Reichsamt des Innern am 22. September zusammen.

Hoher Feiertage halber bleiben meine Verkaufsräume und Bureaux

Montag den 24. September und **Dienstag** den 25. September a. cr.

bis Nachmittags 5 Uhr

geschlossen.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Möbelfabrik u. Magazin Bernh. Grunwald,

Rathhausstraße 2,

empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter **Möbel, Spiegel** und **Polsterwaaren** zu billigsten Preisen.

Permanente Ausstellung completter Zimmer-Einrichtungen.

Langjährige Garantie. Besichtigung jederzeit gern gestattet. Transport durch eigenes Geschirr frei Haus. Telephon Nr. 759.

Tanz-Unterricht.

Sämmtliche Rundtänze lehre Damen und Herren jeden Alters in 4—5 Privatstunden gründlich und umgenirt. Weitere Anmeldungen nehme ich Sonntag den 23. September von früh 11 bis Abends 7 Uhr in der Franziskanerhalle, Gr. Märkerstraße, entgegen.

Franz Schapitz, Tanzlehrer, früher Solotänzer.

Bureau für Rechtssachen von

Carl Ott,

Rechtsconsulent,

Halle a/S., Gr. Ulrichstraße 7, II, Fernsprecher 1172.

Klagen, deren Entgegennahme, Testamente, Kauf-Verträge, Cessionen, Zahlungsbefehle, Reclamationen und dergl. Schriftstücke werden sachgemäß angefertigt. — Rathsertheilung, Vertretungen werden übernommen. — Akkorde vermittelt.

Zähne naturgetreu, gänzl. schmerzlos.

Reparaturen u. Umänderungen sofort.

Gaumenlose Gebisse.

Zahnziehen schmerzlos ohne allgem. Betäubung.

Plomben, Gold, Silber, Emaille.

Amerik. Zahn-Atelier

Geiststr. 21.

Damenkleider nach neuester Mode fertigt für 6 M. Reform- und Sportkostüme billigst. Zuschneiden lehrt für 10 M. Ad. Werft, Ulestraße 15.

Unsäglich froh sind 1000de von Frauen, daß sie sich gegen allzugroßen **Kindersegen** sicher schützen können.

Illustr. Broschüre über den allein sicheren Schutz 50 Pfg. (Briefmarken).

M. Kröning, Magdeburg.

Billig zu verkaufen

1 hfb. Locomobile, 10 HP, 6 Atm., v. Garett
1 „ „ 8 „ 6 „ „ Lanz,
1 „ „ 8 „ 6 „ „ Vogel,
2 Stück 60" Dreschkasten von Garett,
12 HP Dampfmaschine „ Leutert,
Dampfspeisepumpen u. s. w.
unter Garantie der Betriebsfähigkeit.

Fr. Rein, Halle a. S.

Groß, wohlschmeckend und leicht verdaulich ist mein Ostfriesisches und Hamburger

Roggenschrotbrot.

Zu haben in der Bäckerei von **Otto Kummer**, Bismarckstraße 28 und in den Geschäften von **Fr. Wolf**, Neilstr. 133 u. **L. Hecht**, Königstr. 17.

Gegr. 1870. **S. WEISS** *Gegr. 1870.*

Bernburg, Nordhausen. **HALLE a. S.** Halberstadt, Merseburg.

Geschäftshaus I. Ranges
feiner Herren- und Knaben-Moden.

Neuheiten für Herbst u. Winter 1900—1901
in Stoffen zur
Anfertigung nach Maass
feiner Herren-Moden.

Ia. Zuschneidekräfte.
Ia. Ausführung.

S. WEISS.

Fernruf 917.

Junge Rebhühner u. Waldhasen,

Hamb. Gänse, Enten und Hähnchen, Ital. Maronen, Telt. Rübchen,

Prima Holl. Austern, Malossol-Caviar,

täglich frische Tafelkrebse, Tiroler Tafelbirnen und Aepfel, Champ.-Weintrauben, frische Ananas,

Gemüse- und Frucht-Conserven diesjähr. Ernte

empfehlen

Pottel & Broskowski,

Fernsprecher 193. Gr. Ulrichstr. 33.

Nähmaschinen!!

Beste Fabrikate. Billigste Preise.

Josef Mittag, Henriettenstr. Nr. 33. Fernsprecher 2369.

Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

S. Roeder's Bremer Börsenfedern

Anerkannt beste Schreibfedern.

Ueberall zu haben.

Neu! Verafeder No. 55 (Sehr elastisch).

Thonröhren bester Qualität in allen Grössen und Façonstücken halte auf Lager und empfehle zu billigen Preisen.

Klinkhardt & Schreiber Nachf.

Goodyear-Welt-Arbeit!

Der beste und praktischste Stiefel der Gegenwart.

Goodyear-Welt-Schuhwaarenhaus

Leopold Sternberg

Gr. Ulrichstr. 9, parterre u. I. Etage.

Nur wirklich gute Nähmaschinen

kauft man am besten und billigsten unter fachmännischer Garantie in dem Nähmaschinen-Specialgeschäft von

H. Schöning, Obere Gr. Steinstr. 67.

Allein-Verkauf von **Baer & Rempel's Phönix-Nähmaschinen, das Beste auf dem Markt.**

Reparatur-Werkstatt für alle Fabrikate.

Bohrungen

nach Braunkohlen, Thon, Wasser u. s. w., sowie Brunnen-Anlagen werden billigst ausgeführt von

K. Hofmann & R. Lindenhain,

Halle a. S., Landsberger Str. 67.

Pferde-Loose à 1 Mk.

Quedlinburger, Zieh. 4. Oktbr. Hauptgew. 1 Coupé m. 2 Pferd.

Berliner, Ziehung 12. Oktober. Hauptgewinn i. W. v. Mk. 10,000.

Geld-Loose à 3 Mk.

Königsberger, Zieh. 13.-17. Okt. Hauptgewinn Mk. 50,000.

Meißner, Zieh. 20.—26. Oktbr. Hauptgew. ev. Mk. 100,000

(Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfiehlt

Ernst Kleinschmidt,

Lotterie-Geschäft,

Halle a/S., Moritzwinger 14.

Aug. Weddy

liefert auf

Yost-Maschine

Schreibarbeiten und Vervielfältigungen.

Unterricht Mk. 20 — bei Ankauf einer Maschine gratis.

Kirchen-Schmuck Altar- und Kanzelbekleidungen, Taufsteine, Kelche, Altarkannen, Taufkannen, Kronleuchter, Tepiche.

Franz Reinecke, Hannover.

Tapeten

neueste Muster zu billigsten Preisen empfiehlt

Hermann Bischoff,

Gr. Klausstraße 4.

Reste bis 19 Rollen außergewöhnlich billig.

Neu. Gebraucht.

Möbel.

Stets große

Gelegenheitskäufe

zu Wohnungs-Einrichtungen von einfachsten bis hochelegantesten, ferner

Comtoir-, Restaurations- u. Laden-Einrichtungen jeder Art verkauft wie bekannt billig und reell

Friedrich Peileke

Geiststraße 25.

Aeltere Möbel nehme stets mit in Zahlung; auch kaufe selbige gegen baar.

Eiserne Kessel,

innen sauber emaillirt, von 20—400 Ltr. Inh., empfiehlt zu bill. Preisen

Wilh. Heckert,

Gr. Ulrichstraße 62.

Neue Damenräder,

erstklassig, Garantie 1 Jahr, à St. mit M 125, abzugeben. Anfr. unt. „Damenrad" 5501 an Rud. Mosse, Halle a/S.

Auctionen.

Sonnabend den 22. September cr. Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 hier zwangsweise:

3 Fässer Weiß- und Roth-Wein,
2 Ladentische,
3 Waarenregale,
3 Büchereregale,
1 Sopha, Kleidersekretaire,
1 Partie div. Bücher, Postkarten, Bilder, Operngläser, Krimskrams etc.

Dietze, Gerichtsvollzieher.

Sonnabend den 22. September Nachmittags 2 Uhr versteigere ich Rannische Straße 15 zwangsweise:

ein Sopha und eine Taschenuhr.

Köppe, Hilfsgerichtsvollzieher.

Sonnabend den 22. d. M., Vormittags 1/2 10 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 zwangsweise:

1 Centrifuge,
1 compl. Rollwagen, 1 Ladentisch mit 1 Marmorplatte, 1 Bücherschrank, 2 Sophas, 2 Vertikows, 1 Nußbaum-Büffet, 1 Faß Cognac, 1 Faß Nordhäuser, 1 Faß Malakoff, 118 Flaschen mit Weinwein, Rothwein, Cognac, Punsch, Eier-Cognac etc.;
ferner freiwillig: 1 goldene Damenuhr mit Kette.

Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Sonnabend den 22. ds. Mts. Vorm. 10 Uhr sollen die

Restbestände an Colonialwaaren

nebst Ladeneinrichtung etc. Neilstraße 134 freiwillig verkauft werden.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beiblättern.